

# Verfasser: Dr. Alfred Dreyer

Ersteinstufige Nachrichten mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertagsausgaben. — Durch die Post bezogen 21 Mark einschließlich Post- und Verpackung. — Einzelnummer 1 Mark.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den aufgeschalteten Wirtmeterraum 1 Mk., für den sonstigen 60 Pf., für Kleinanzeigen u. Nachfragen nach Preisberechnung, Anzeigenpreis nach Vereinbarung. — Druck der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. — Postfach: Leipzig 39070. — Redaktion: Redaktion 324, Geheißstraße 166. — Wichtigkeit des Besuchs: Dr. Alfred Dreyer, Leipzig, G. S., Arch. Mittelstraße 166.

„Anzeigenteil der Stadt Merseburg“ und „Anzeigenteil für den Kreis Merseburg“, der „Anzeigenteil der Stadt Merseburg“, der „Anzeigenteil für den Kreis Merseburg“, der „Anzeigenteil der Stadt Merseburg“, der „Anzeigenteil für den Kreis Merseburg“, der „Anzeigenteil der Stadt Merseburg“, der „Anzeigenteil für den Kreis Merseburg“

Nr. 103.

Mittwoch den 3. Mai 1922

48. Jahrg.

## Vor dem letzten Akt.

Was werden die Russen antworten?

Die Konferenz von Genoa steht in diesen Tagen im Zeichen der Antwort auf die Russen. Nach einer heutigen Morgenmeldung des Wolff-Büros ist die bereits übergeben, während die Vertreter aller großer Nationen telegraphieren, daß an ihr noch relational gearbeitet werde. Gleichwohl, das überhaupt erreichbare Kompromiß zwischen England und Genua einzeln und Frankreich und Genua andererseits muß erreicht sein, sonst wäre Barthou, der heute vormittags in Paris antrat und sich schon im Kabinett mit Verrier erklärt, nicht wegzudenken. Die Antwort, die die Russen erhalten, ist allerdings keine geschlossene Antwort der Alliierten. Noch im letzten Augenblick hat Poincaré erzwungen, daß die vorbereitlich der französisch-englischen Zustimmung erreicht wird.

Wichtig auch die erregten Verhandlungen vor der Vereinigung nicht, lassen so sehr erkennen, daß Frankreich isoliert ist, wie dieser Vorbericht Vermutlich wird Barthou, der vom Gegner persönlich die nötigen Gegenargumente empfangen hat, heute an der Spitze die Gefahr der Zustimmung bewahren können. Denn so gut Deutschland mit Ausnahme der Abmachungen der Alliierten zunächst machen mit samt dem schließlich erwarteten französisch-englischen Garantievertrag, Frankreich hat allen Grund, darüber besorgt zu sein.

Der „Deure“ wird auch nicht mehr immer wieder zu sagen, daß diesmal die Poincaré-Politik, die zur Forderung führt, durchaus nicht der Bestimmung des französischen Volkes entspreche. Wichtiger als die Stimme dieses Oppositionsblattes ist uns natürlich die Rede des französischen Ministerpräsidenten, der die Gefahren einer Forderung scharf betont hat.

Wie mühen wir uns, noch der Kabinettstunde, der heute in Paris tagt, weilen „verloren“. Auch mit der Antwort der Reparationskommission, die seit zwei Tagen angeheilt ist, müssen wir offenbar Geduld haben. Es ist noch nicht Gewisses darüber klar geworden. So haben wir die Isolation Frankreichs in Genua und in Frankreich selbst die Auseinandersetzung darüber, ob diese zum Dauerzustand werden sollen?

Deutschland wartet diese Wendung ab, den Vertrag mit Rußland in der Tasche. Es kann nicht Verleugern, daß, als in den Kommissionen in Genua überall den Verhandlungsgegenständen zu belohnen (sogar, wenn die Verhandlungen nicht zu Ende sind) durch die unerschöpflichen Verdrehungen und dem übertriebensten, die in der Kommission als Mittel nicht einlöslich zu lassen.

Die Verhandlungen können noch drückender werden, je werden es schon schließlich, es könnte zu einer Verzögerung kommen, je weniger zu einem Einmütigen in Deutschland — aber damit ist die Weltgeschichte nicht zu Ende.

Wenn Barthou auch nur einen funken staatsmännischen Geistes in sich hat, so dürfte er das an dem Überhand in Genua gefahren. Nach einem ist aus den heutigen Meldungen herauszugeben. In dem Vorbericht, den die Antwort der Alliierten an die Russen darstellt, heißt es, daß für Streitigkeiten in der der Praxis nicht sehr verminderten Auseinandersetzung mit Rußland ein Schiedsgericht einzuhalten soll, für das die Alliierten in der obersten Richter stellen soll. Damit wird Amerika langsam in die erste Wendung des europäischen Gleichnisses hineingezogen.

Zur Stunde haben in Genua die Russen das Wort. Wird ihre Antwort mehr als ausfallen?

## Der Inhalt der Note an die Russen.

Aus dem Vorbericht des Abkommens seien folgende Punkte mitgeteilt: Artikel 1: Gemäß den Bestimmungen der Resolution von Genua, wonach alle Völker sich verpflichten sollen, sich jeder unangenehmen Verhandlung gegen die Erklärung und die politischen Systeme, die in anderen Staaten bestehen, zu enthalten, verpflichtet sich auch die Sowjetregierung, sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen.

Artikel 2: Über die russischen Schulden: 1. Entsprechend der Resolution von Genua erkennt die Sowjetregierung alle Schulden und öffentlichen Verbindlichkeiten an, welche der russische Staat einzig oder gemeinsam und zwar sowohl die russische russische Regierung als auch die provisorische Regierung von Kerenskij. Im Hinblick die Wiederherstellung und den Aufbau seines Reiches zu erleichtern, erklären sich die Gläubigerstaaten bereit, für den Ansehens von Rußland wobei die Zahlung des Restes nach der Zinsen von ihren Verpflichtungen zu ändern, welche der russischen Regierung während des Krieges eingeleistet wurden.

2. Die Alliierten können nicht zugeben, daß sie irgend eine Verantwortung für die Schulden zu tragen hätten, welche Rußland während der Revolution erlitten hat.

3. Wenn zwischen den alliierten und alliierten Mächten ein Abkommen über die Liquidation der Resten ihrer gegenseitigen Kriegsschulden getroffen werden sollte, werden die betreffenden Regierungen ihren Parlamenten Maßnahmen unterbreiten, die erforderlich sind, um gleichen Verbindlichkeiten eine Herabminderung oder eine Abänderung der Zahlungen bei der Sowjetregierung zu bewirken, wobei der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Rußlands besonderes Bedacht zu erweisen werden soll; jedoch sind diese Maßnahmen abhängig von den vorherigen Verzicht Rußlands auf die Forderungen, die im zweiten Absatz erwähnt worden sind.

4. Alle von der Sowjetregierung oder ihren Vertretern gegenüber ausländischen Unterleuten eingegangenen Verpflichtungen, für die keine ausdrückliche Freigabe der Verantwortlichkeit übernommen worden, werden auf der Grundlage des privaten Schuldrechts geregelt werden.

5. Die Bestimmungen dieser Artikel betreffen nicht die Summen, die von den Alliierten der früheren russischen Regierung bei Wahlen in folgenden Ländern demontiert sind, die der früheren russischen Regierung vorläufige gegeben haben und die die Verantwortung übernehmen sollen für die Schulden, die Rußland zum 1. August 1914 bis zum 1. November 1917 eingegangen hat. Diese Summen werden den betreffenden Regierungen ohne Vorbehalt für die Rechte Dritter übertragen werden. Die Verantwortlichkeit der Sowjetregierung für die Kriegsschulden wird im Verhältnis zur Lage des Landes eingestrichelt werden. Die Sowjetregierung wird Summen die Werte zurückzahlen, die ihr von der russischen Regierung während der Revolution

## Poincaré unbelehrbar — bleibt Lloyd George fest?

Paris, 3. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Sonderberichterstatter des „Aikret“ berichtet, daß Barthou als der Überbringer neuer Verträge Lloyd Georges betrachtet werden müsse. Und zwar würden die Verträge des englischen Premierministers einen Ultimatum ableitenden. Wenn Frankreich weiterhin erste Widerstände in der russischen Verhandlung zeige, so werde England gezwungen sein, gefolgt mit der Sowjetregierung zu verhandeln. Eine Weigerung Frankreichs, an der Konferenz der Signatarmächte vor dem 31. Mai teilzunehmen, komme einem Bruch gleich. Diese ultimative Haltung Lloyd Georges ist auch der Grund dafür gewesen, daß Barthou die belgische Delegation in ihrem Vorgehen gegen Rußland im Stillen gelassen habe.

### Poincaré gegen Barthou.

Paris, 3. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Poincaré hat gestern abend nach der Sitzung des französischen Kabinettsrats gefahren abzugehen, die seinen Zweifel darüber lassen, daß zwischen ihm und Barthou Meinungsverschiedenheiten herrschen. Poincaré hat Barthou den Auftrag gegeben, den russischen Botschafter der russischen Delegation zuvor wieder zu informieren, daß die französische Regierung nach Paris zu ziehen. Inkrassig scheint aber Poincaré auch diesen Vorbehalt nicht mehr für ausreichend gehalten zu haben. Er hat die französische Delegation in Genua erniedrigt, die Übergabe der Delegation an die Russen zu verhindern, wobei aber die französische Regierung sie gestützt habe. Sollte die Übergabe aber dennoch erfolgen, so würde sich dann die französische Regierung nicht erlauben lassen.

Die Verhandlungen zwischen Rußland und den Alliierten werden sich (s. h. den damaligen zentralen Staatsrat, S. 106) über Rußland 6 (Reparations) und dessen veränderte Fassung wird eine genauere Berichterstattung vorkommen. Im diesen Punkt ging der letzte Kampf.

### Ein letzter Einigungsvorlauf.

Paris, 3. Mai. (Hans.) Poincaré telegraphisch gestern vormittags an die französische Botschaft in Genua, die alliierten Vertreter der Konferenz sollten daran denken, die Sowjetvolksbeauftragten nicht die in dem Unterhandlung der russischen Verhandlungen am besten geeignete Delegation zu übermitteln, bevor das französische Militärministerium davon Kenntnis genommen habe. Sollte darüber hinweggegangen werden, so solle die alle nötigen Vorbehalte zu den in der Delegation enthaltenen Bedingungen werden. Poincaré ist entschlossen, sich Barthou gegenüber das letzte Wort vorzubehalten und mit Belieben zusammenzugehen.

Man verheißt, daß gegen Abend, es werde weitere Instruktionen an die französische Botschaft in Genua gehen, um vollständig den von Barthou eingenommenen Standpunkt einzunehmen. Ferner hat Poincaré immer noch seine offizielle Erklärung zur Teilnahme am letzten Akt erhalten. Er ist nicht weiter der Ansicht, daß eine bewußte Zusammenkunft notwendig ist, noch auch, daß man die Verpflichtung am 31. Mai und die Entscheidung des Reparationsausschusses in Folge der Ablehnung einer abschließenden Vertiefung Verhandlungen abwarten soll. Aber die Verhandlungen über die russischen Schulden ist unter den gegenwärtigen Umständen zweifelhaft. Eine Debatte über den russischen Vertrag von Rapallo scheint Poincaré ebenfalls. Er ist daher der Ansicht, es sei besser, die vollständigen und endgültigen Ergebnisse der Konferenz abzuwarten. (1)

### Frankreichs Gorge.

Paris, 3. Mai. (Hans.) Die nationalistische „Aikret“ erhielt von ihrem Sonderberichterstatter in Genua ein Telegramm, demzufolge Barthou noch Paris Verträge Lloyd Georges mitnahm, die einem Ultimatum zum Ablauf hätten. Wenn Frankreich ihm nicht in seiner russischen Politik einlenken wolle, werde das französische Volk Frankreich mit dem Sowjets verhandeln. Wenn Frankreich ablehne, nach San Remo zu gehen, so nach Lloyd Georges Wunsch vor dem 31. Mai eine Sitzung des Obersten Rates abgehalten werden soll, wobei er das als eine Art Versuch betrachten. — Wenn wir nicht zögern, wird Lloyd George uns zwingen, seinen Plan zu folgen, der die Abweisung und den Verzicht auf die Reparation bedeutet.

Paris, 3. Mai. (Hans.) Was für eine Wendung hat Barthou heute vormittags 11 Uhr in Paris erwartet. Er ist unzufrieden mit in seiner Anwesenheit der Kabinettstunde zusammenzutreten.

### Das Versteckspiel.

Paris, 3. Mai. (Hans.) Was eine Meldung der „Anforment“ aus Genua, soll gestern vormittags in Rapallo ein Vertrag zwischen der Sowjetregierung und der englischen Sowjetvolksbeauftragten abgeschlossen worden sein, durch den die Gläubiger des Rußland für den Zeitraum und den Zeitraum des russischen Verfallsrechts erfüllt. Aber Gespräche verhandelt man sich eben leichter als über Politik! — Nach anderen Meldungen sollen auch belgische, belgische und deutsche Firmen an dem Rußland beteiligt sein. Eine Summe von 100 Millionen wird es freilich geben für die amerikanische Standard Oilcompagnie.

### Die Weltöffentlichkeitsfrage.

in deutschen Zinsen beizubringen.

In der ersten internationalen Unternehmungskonferenz hatte die deutsche Delegation, wie allgemein mitgeteilt wurde, die Aufmerksamkeit auf die Verhängnisse des deutschen Handels in Folge der vorläufigen Einfuhrverbote und dergl. gelenkt. Die Deutschen waren dafür eingetreten, daß nach allgemeinem das Weltöffentlichkeitsrecht eingeführt werden sollte.

In der heutigen Vormittagskonferenz dieser Kommission hat Sir Philip Curzon, Präsident der englischen Weltöffentlichkeitskommission, eine außerordentlich wichtige Erklärung abgeben, die die Ansicht der britischen Delegation zur Frage der Weltöffentlichkeitsfrage darstellt. Er ist nicht überzeugt zu sein, daß in dieser Frage in der Unternehmungskonferenz Beschlüsse getroffen werden können. Die Frage ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Frage, die vor der Kommission gelagert liegt. Er könne die Verantwortlichkeit der Weltöffentlichkeits nicht bejahen, denn diese betreffen nur die Form, die Grundfälle seien dieselben und haben die volle Unterstützung der englischen Delegation. Wenn man sich fragen, wie den Grundbesitz zu bestimmen seien, würde es so ausfallen, daß die Produkte und Fertigfabrikate jeder europäischen

Dollar heute 302 (gelten 291,7).

## Barthou sieht sich schon desavouiert.

Paris, 3. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Barthou sollte bei seiner Abreise in Genua mit, daß er nicht wieder nach Genua zurückkehren würde, wenn nicht möglich, ein vorläufiges Einverständnis mit Poincaré und eine Billigung seines Verhaltens zu erlangen.

### Mitte Mai Schluss in Genua?

Berlin, 3. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Reichstag wird auf Wunsch der Reichsregierung auch in der nächsten Woche noch nicht zusammentreten. In parlamentarischen Kreisen ist der Ansicht, daß die Konferenz von Genua etwa am 15. des Monats beendet sein werde. Der Reichstag wird Gelegenheit nehmen, sofort nach Beendigung der Konferenz Stellung zur außenpolitischen Lage zu nehmen.

### Die Russen wollen Zahlen wissen!

Genua, 3. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nichtfortschritt hat einen Vertreter des Ministerbüros gegenüber gegenüber, daß die Russen das Reparationsamt betreffend die britischen Fragen als zu unbestimmt betrachtet hätten, sie verlangten vielmehr bindende Verbindungen. Die russische Regierung verlangt etwa einen Vorstoß von 2 Milliarden Dollar.

### Gienabundungsfall in Gengehäufen.

Sangerhausen, 3. Mai. (Hans.) Ein Gienabundungsfall erregte sich hier in vergangener Nacht. Die Gienabundungsfall des Jahres 1902 entzifferte die der Einfuhr und legte sich dem ausführenden Güterzug 785 in die Hand, so daß der hintere Zugteil abfiel. Hierbei wurden ein Güterzug, ein Güterzug, ein Güterzug und der Güterzug, gleichfalls aus Giena, verladen. Die Strecke wurde durch das verunfallte Material gelockert und bis zum Morgen wurde der Verkehr durch Unfälle unterbrochen. Zeit dem Morgen geht der Verkehr einseitig vor sich.

Die russische und japanische Delegation stimmte diesen Bedingungen zu und unterfertigte sie am 3. Mai.

## Deutschland.

### Die Aufhebung.

Zur selben Stunde, da sich in Genua Herr Barthou für die Reise nach Paris rüstete, um mit Poincaré besonders die Frage der Zahlung des Restes von Rußland und die Sanctionsfrage zu besprechen, hat, wie wir gestern schon bezug mitteilen, der englische Minister Chamberlain in englischer Unterredung erklärt, eine Regierung sei nicht bereit, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, wenn dieses das Rußland befreit wolle. Gleichzeitig meldet das französische demokratische Blatt „Deure“, daß der Präsident Millerand in der Frage der Aufhebung von der Meinung des Ministerpräsidenten Poincaré abweiche. Herr Millerand will nicht wegen seiner Frage das Bündnis mit England riskieren. Auch im Kabinett des Herrn Poincaré sollen recht geteilte Ansichten herrschen. Damit erliegt sich das französische Dementi über die Gegenfälle zwischen Barthou und Poincaré.

### Ein Vorstoß für die Herren der Welt.

Zur deutsch-sowjetischen Schiedsgericht.

In Bern sind am 1. Mai, wie gestern kurz berichtet, die Reaktionsparteien zu dem deutsch-sowjetischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag angehalten worden. Damit ist in aller Stille eine außerordentliche Tat erlitten worden, die eine gesunde Fortbildung des Schiedsgerichts im Weltrecht in sich birgt. Der grundsätzliche Unterschied im öffentlichen Recht früherer Zeit liegt darin, daß jene Fälle gewisse Vorbehalte enthielten, wie z. B. daß Streitigkeiten, welche die „Lehre und Erziehung der Nationen betreffen“, dem Schiedsverfahren nicht unterliegen sollten, oder daß sie Fristen einhalten, bevor deren Abfall eine freiergerichtliche Handlung nicht vorgenommen werden dürfte.

Dieser Schiedsvertrag kennt solche Ausreden nicht mehr. Aber jede Einrede oder der Parteien hat wiederum das Schiedsgericht, und zwar mit qualifizierter Mehrheit, zu befinden, so daß alle die Streitigkeiten der Einrede entgegen entfallen oder eine gegen eine andere Stimme vom Schiedsgericht ausgeschlossen werden muß. Der Abmildernde eines Konventionen ist überhaupt fast jeder Weg vorläufig kleiner Streitfälle mit einem künftigen Vergleichsvertrag vorzuziehen. Besonders interessant und neuartig ist die Bestimmung über das Verhalten der Schiedsrichter. In Fällen, in denen das geltende internationale Recht offensiv darstellt und in denen das erfindungsreich gemäß das Verfahren vorzuziehen, sollen sich beim Verlangen der Bestimmungen des Weltrechts die Schiedsrichter leisten lassen, von ihrer Annahme befreien, was nach ihrer Ansicht als Notwendigkeit internationaler Geltung zu haben hätte. Das ist nicht kategorischer Imperativ im Internationalen abstrakt; hier wird eine Quelle neben dem Recht erschlossen, die sich in glücklicher Weise fortsetzen und zum Recht für alle Völker werden kann. Deutschland und die Schweiz dürfen sich darauf freuen, diese Quelle eines internationalen Vertrags, nicht Grund auf dem Gebiet des Schiedsgerichtscharakters, als erschaffen zu haben.







